



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1913**

195 (28.4.1913) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-158623](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-158623)

Monument: 70 Pfg. monatlich.  
Beingerlöse 50 Pfg., durch die  
Post inkl. Postaufschlag Mk. 3.42  
pro Quartal. Einzel-Nr. 5 Pfg.  
Inserate: Kolonial-Beilage 50 Pfg.  
Reklame-Seite ..... 1.20 Mk.

# General-Anzeiger

der Stadt Mannheim und Umgebung

Telegramm-Adresse:  
General-Anzeiger Mannheim  
Telephon-Nummern:  
Direktion und Buchhaltung 1449  
Buchdruck-Abteilung ..... 541  
Redaktion ..... 577  
Exp.- u. Verlagsbuchhdlg. 218

# Badische Neueste Nachrichten

Täglich 2 Ausgaben (außer Sonntag)

Gelesenste und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung

Eigenes Redaktionsbureau in Berlin

Schluss der Inseraten-Aufnahme für das Mittagsblatt morgens 9 Uhr, für das Abendblatt nachmittags 3 Uhr

**Beilagen:** Amtliches Verkündigungsblatt für den Amtsbezirk Mannheim; Handels- und Industrie-Zeitung für Süddeutschland; Beilage für Literatur und Wissenschaft; Unterhaltungsblatt; Beilage für Land- und Hauswirtschaft; Mannheimer Schachzeitung; Sport-Revue; Wandern und Reisen und Winterport; Mode-Beilage; Frauen-Blatt.

Nr. 195.

Mannheim, Montag, 28. April 1913.

(Abendblatt)

## Die Stutarifrage und Oesterreich.

(Von unserm Wiener Mitarbeiter.)  
Wien, 26. April.

Stutari wird nicht die Hauptstadt von Montenegro werden! Darüber gibt es in Oesterreich-Ungarn bei allen Männern, die etwas zu sagen haben und die ein Gefühl für die Ehre des Staates besitzen, nur eine Meinung. Mag sich König Nikolaus von Montenegro in der vom Hunger und nicht von den Kanonen der Belagerer niedergewungenen Stadt noch so häuslich einzurichten, er wird sich wieder in seine alte Residenz, in das Dorf Cetinje zurückziehen müssen. Oesterreich-Ungarn steht seit der Kapitulation von Stutari vor der Wahl, entweder auf sich selbst zu verzichten, seine Krone, sein Ansehen, seine Zukunft preiszugeben oder mit dem Aufgebote seiner ganzen Macht dahin zu wirken, daß Albanien den Umfang erhält, der ihm von Europa vor Wochen schon garantiert wurde. Würde Stutari im Besitze Montenegros bleiben, dann wäre der albanische Freistaat eine Spottgeburt, einzig und allein zu dem Zwecke da, um für Jahre hinaus einen Sperrriegel zwischen Europa und Asien zu bilden und Europa unausgesprochen im Banne der Kriegsgefahr zu halten. Die Panlawisten hätten den Beweis erbracht, daß ihnen alles möglich sei, selbst die Verhöhnung des einmütig ausgesprochenen Willens aller Großmächte und ihre ohnehin fast entwickelte Selbstsucht mischte zum Großentwärtigen ausarten. In Galizien arbeiten sie ja bereits planmäßig auf die Vergiftung der russischen Volkseele hin; von Belgrad aus wollen sie die Serben und die ungarischen Serben „erlösen“. In Cetinje aber — und Nikolaus, der Geschäftsbüchler, hat darüber keinen Zweifel bestehen lassen — soll gar auch die „Befreiung“ der römisch-katholischen Kroaten in der Wege geleitet werden. Die Errichtung der „slawischen Brüder“ von dem Joch der türkischen Herrschaft würde also in der Zerklüftung der habsburgischen Monarchie eine Fortsetzung finden — das sind die Träume jener unruhigen Politiker, die, sei es im Namen des Panlawismus oder des Proslawismus, am liebsten die ganze Welt regieren möchten. Doch

Träume zerfallen wie Schäume, und wer mit der Dummheit Oesterreich-Ungarns rechnet, der hat sich selbst betrogen.

Freilich, auch die Panlawisten wissen, daß Rom nicht an einem Tag erbaut wurde. Sie würden sich darum begnügen, vorerst das in London jaghaft und schwerfällig zustandgebraachte Werk der Einigung zu zerstreuen. Wenn Stutari die Hauptstadt Montenegros und nicht Albanien werden könnte, dann bliebe es den Serben unbenommen, sich in der Küste des Adriatischen Meeres festzusetzen und dort wichtige Stützpunkte für die russischen Expansionsbestrebungen zu schaffen. Oesterreich-Ungarn oder hätte politisch ausgespielt, es wäre moralisch vernichtet. Sein Einfluß auf der Balkanhalbinsel, der einst vorherrschend war, würde restlos beseitigt sein. Das letzte Volk, das noch hoffend nach Wien blickt — die Albaner — steht seit dem Jahre 1842 unter dem österreichischen Kulturprotektorat. Den Türken gegenüber vermochte die Habsburgermonarchie in schwierigen Zeiten den Schutz der albanesischen Bergstämme aufrecht zu erhalten. Das früher so mächtige Konstantinopel beugte sich vor dem Willen der Kaiser. Was durch Jahrhunderte möglich war, sollte nun nach dem Siege der Balkanstaaten nicht mehr durchzuführen sein? Würde sich Belgrad oder Cetinje stärker als Wien erweisen, dann hätte die alte Kaiserstadt an der Donau eben aufgehört, als vollwertig zu gelten. Aus allen diesen Erwägungen kann man sich die hochgradige Nervosität erklären, in der sich jetzt Oesterreich-Ungarn befindet, wohl wissend, daß eine Schicksalsstunde gekommen ist. Niemand wird dem Großen Verdacht zuviel Energie vorwerfen; wahrhaftig, ein Springinsfeld, ein Stürmer ist der Nachfolger des Großen Wehrhals nicht. Wenn sich selbst der so jaghafte Minister zum Kaiserlichen entschlossen zeigt, dann muß die Notwendigkeit zum letzten Schritt unabweislich sein.

Man erinnert sich noch der eindrucksvollen Rede, in der sich der russische Staatssekretär Sir Edward Grey vor dem Parlament in London im Januar 1912 erhob, den man in Oesterreich-Ungarn als „Erstgenussimus“ bezeichnet. Auch Herr Sazonow, der russische Staatskanzler, raufte sich vor kurzer Zeit zu einer ähnlichen Erklärung auf, die mit heftigen Vorwürfen gegen König Nikolaus von Montenegro gefüllt war. Das man diese Rede in Cetinje nicht so tragisch nahm und gleichmütig über sie hinwegschritt, sei nur nebenbei erwähnt. Durch diese Eigentümlichkeit werden die Worte des russischen Ministers nicht

ausgelöscht; sie bleiben im Sinne Luthers stehen. Was Europas Ueberzeugung vor der Einnahme Stutaris war, kann nach dem Falle der Festung nicht hinsichtlich sein. Es hat sich auch Freitag bei der Vorkonferenz in London deutlich offenbart, daß die Mächte an ihrer einmal ausgesprochenen Ansicht festhalten wollen. Nach wie vor beharren sie bei dem Willen, dem selbständigen Albanien in Stutari keine einzige nützliche Hauptstadt zu geben. Diese Standhaftigkeit ist für Oesterreich-Ungarn eine große Genugtuung, weil sie die Heger und Verleumder, die sich jetzt in St. Petersburg, Paris und London mit spitzen Federn und mit hochtrabenden Worten gegen die Habsburgermonarchie wenden, unerbittlich lägen straft. Aber es handelt sich heute nicht mehr um einen äußerlichen Erfolg, um eine problematische Zustimmung. In der Sache selbst muß ein Sieg errungen werden und zwar in der aller kürzesten Frist, weil sonst die Gefahr aufrecht bleibt, daß im letzten Augenblicke noch unvorhergesehene Veränderungen eintreten. Die Montenegriner dürfen sich in Stutari nicht gemächlich niederlassen.

Darum drängt Graf Berchtold, daß raschestens zur Tat übergegangen werde. Die internationale Flottenparade wurde von König Nikolaus belächelt. Mit moralischen Einwirkungen erreicht man also bei dem geriebenen Fürsten nichts. Er muß die Faust spüren, sonst glaubt er nicht an ihre Kraft. Man ist es leider gewohnt, wie langsam die Vorkonferenz in London arbeitet. Es war schon nicht leicht, sie für Freitag zu einer Sitzung zusammenzutrommeln und es wird noch schwieriger sein, ihnen einen Entschluß abzurufen, der weniger Höflichkeit als Energie verrät. Die Zeit für Vorstellungen und Beschwörungen ist vorbei. Von dem Tempo, das die Vertreter der Großmächte in London einschlagen, hängt es ab, ob eine europäische oder eine österreichisch-ungarische Aktion den König Nikolaus zum Rückzuge nach Cetinje zwingen wird. In Wien würde man natürlich lieber ein gemeinsames Vorgehen der Großmächte sehen. Es sind jedoch schon alle Vorkehrungen getroffen, um auch selbständig aufzutreten zu können. Es bedarf nur mehr eines telegraphischen Auftrages, und die Regimenter setzen sich in Bewegung — sofern in Nikolaus nicht zuerst doch wieder der Geschäftsmann über den „Groberer“ die Oberhand gewinnt. Das Judentum hat der Habsburgermonarchie schon über 600 Millionen an Barauslagen verauslagt, kein Wunder, daß man des Herrns überdrüssig ist.

## Politische Uebersicht.

\* Mannheim, 28. April 1913.

### Mangel an nationaler Selbstachtung.

Unter dieser Ueberschrift brachten wir im Abendblatt vom Mittwoch die Mitteilung, daß die Berliner Weinhandlung von Schlieben & Co. an Deutsche in der Provinz Posen Anpreisungen ihrer Weine und Zigaretten in polnischer Sprache versende; sogar der deutsche Rhein müsse sich darin die Verpolung gefallen lassen: „Rüdesheim u. Rheine“! Außerdem besitz: die Firma auch noch deutsche Prospekte, aber sowohl die deutschen wie die polnischen seien in einer ausgesprochen national-polnischen Posener Druckerei gedruckt. In dieser Angelegenheit hat gestern Herr Schlieben in einen Besuch gemacht und ihm im Namen seines Vaters folgende Aufforderung des Falles gegeben: Die Firma Schlieben untersteht in ganz Deutschland eine sehr große Zahl von Filialen, das Geschäft ist so ausgebeutet, daß der Inhaber unendlich alle geschäftlichen Einzelheiten regeln kann und den polnischen und Angehörigen manches überlassen muß. Herr Schlieben ist. hat von diesen Prospekten nicht das mindeste gewußt, er selbst ist als durch und durch deutsch fühlender Mann aufs äuerste über diese Konnivenz gegen das Polentum aufgebracht, für die er aber persönlich alle Verantwortung ablehnt. Die Schuld trifft einen Profkuristen der Firma, der dem Filialleiter in Posen die Erlaubnis erteilte die polnischen Prospekte drucken zu lassen und zu versenden. Herr Schlieben hat, sobald ihm Kenntnis geworden von dieser ihm sehr peinlichen Verlegung der Empfindungen der ostmärkischen Deutschen, dem betreffenden Produzenten Entlassung gegeben, um damit zu verhindern, wie scharf er dessen Taktlosigkeit mißbillige und wie durchaus er als deutscher Mann und Inhaber einer deutschen Firma von seinen Angehörigen Verlegung deutscher Ehre und Verminderung aller geschäftlichen Manipulationen fordere, die auch nur im geringsten ein unbedingtes Entgegenkommen gegen das Polentum enthalten oder so gedeutet werden könnten. — Soweit die uns gestern durch Herrn Schlieben jr. gewordenen Mitteilungen. Wir glauben, der Fall hat damit seine vom deutschen Standpunkt durchaus befriedigende Erklärung gefunden, dem Wünsche, diese Aufklärung der Öffentlichkeit zu unterbreiten, kommen wir gerne nach.

## Seuilleton.

### Die ehemalige französische (wallonische) Gemeinde in Mannheim.

(Nach dem Berichte eines ihrer früheren Mitglieder.)

In den zwischen der evangelischen Kirchengemeinde und der Stadtverwaltung geführten Verhandlungen wegen Umbau oder Neubau des R-Schulhauses tauchte u. a. auch der Plan auf, anstelle des jetzigen R-Schulhauses einen Neubau zu erstellen, der als Gegenstück zu dem auf demselben Grundstück stehenden Konfessionskirche gedacht ist. Damit würde das frühere Stadtbild ungehörig wieder hergestellt.

Bis zum Jahre 1786 nämlich befand sich an der Stelle, auf der heute 1822-26 das jetzige R-Schulhaus erbaut wurde, ebenfalls eine Kirche. Sie gehörte der wallonisch- oder französisch-reformierten Gemeinde. Dabei handelte es sich um die Kirche in der Mitte, an ihrem jetzigen Platze, und an beiden Seiten schloß sich je eine Kirche an; auf der einen Seite die der deutschen reformierten, auf der anderen die der französischen reformierten Gemeinde. Nach der Belagerung Mannheim durch die Oesterreicher wurde die deutsche Kirche wieder aufgebaut, das ist die jetzige Konfessionskirche, die

französische blieb zerfallen; anfangs der vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts schickte man endlich die Ruinen weg und ersetzte dann das jetzige R-Schulhaus.

Auch heute noch gibt es hier in Mannheim viele Nachkommen jener ehemals wallonischen, oder französisch-reformierten Gemeinde.

Ein schweres Schicksal hat sie einstens hier zuzammengeführt, ohne daß es uns heute noch möglich wäre, dieses Schicksal bis ins Einzelne zu verfolgen. Bei dem Brand 1795 sind die meisten wertvollen Akten und Bücher mit zugrunde gegangen. Damals — bald nach jenen unglücklichen Novembertagen von 1795 — verlor die hierige französisch-reformierte Pfarre Joseph, in einer schriftlichen Aufzeichnung und Zusammenfassung die Erinnerungen aus vergangenen Tagen festzuhalten. Er kam nicht zu Ende. Immerhin bleibt er eine gute kurze Geschichte der Mannheimer Wallongemeinde. Im folgenden einige kurze Auszüge:

Der eigentliche Zeitpunkt, an welchem die wallonische Gemeinde hierher ihren Anfang genommen, läßt sich wegen Mangel an bewährten Urkunden nicht genau bestimmen; jedoch ist urkundlich erwiesen, daß, als Friedrich IV. (der Kaiser) von der Pfalz im Jahr 1608 das Dorf Mannheim zu einer Stadt erhob und den Täländern sowohl als Fremden, die sich anbauen wollten, besondere Freiheiten und Privilegien erteilte hat, sich kurz darauf auch eine wallonische Gemeinde dorthin wählte niedergelassen haben — wiek sich nach der ersten Zerstörung der Stadt

durch die bairische Armee im Jahr 1644 noch verschiedene Papiere vorfinden, die das bezeugen.

(Es folgt die Aufzeichnung einiger Rechnungen und Aufträge.) Es bestand also eine wallonische Gemeinde vor und während des 30jährigen Krieges. Die nächsten Nachrichten, die Zähl ihrer Mitglieder und des eigentlichen Gewerbes derselben, die Namen ihrer Prediger, Schullehrer usw. betreffend, fehlen gänzlich und müssen somit und besonders entweder in dem langwierigen Krieg entkommen, oder bei der schrecklichen und gänzlichen Zerstörung des Dorfes im Jahre 1644, wo auch den Wällen, dem Rathaus und etlichen Häusern, die verbrannt sind das Mindeste haben geblieben ist, verbraunt sein.

Raum aber war diesem verheerlichen Krieg durch den westfälischen Frieden im Jahre 1648 ein Ende gemacht und kaum war Kurfürst Karl Ludwig, der zweite Sohn und unvermutterte Nachfolger Friedrich V., des englischen Königs von Böhmen, zum Besitz seiner väterlichen Staaten gelangt, als er auch schon ernstlich daran bedacht war, die gänzlich zerstörte Stadt Mannheim aus ihrem Schutt hervorzuholen und aus derselben eine weit schönere und vorzüglichere, nach einem vorgezeichneten Plane regelmäßig anzulegenden und womöglich blühenden Handelsstadt zu machen. Er bestellte zu dem Ende nicht nur die den Bewohnern im Jahre 1607 von seinem Vorn Vorn erteilten ebenenwärtigen Privilegien, sondern vermachte sie anscheinlich und ließ sie im Jahre 1652 in deutscher, französischer und holländischer Sprache drucken; mit einem

Wort, er tat alles, um den sich in Mannheim niederlassenden In- und Ausländern, den Aufenthalt gesund, bequem und angenehm zu machen. Bald wurde die Stadt zu einer der schönsten und vornehmsten am Rheinstrom. Gleich am Anfang seiner Regierung finden wir nun auch andere reformiert-wallonische Gemeinden wieder, und zwar so zahlreich an Mitgliedern, daß sie die beiden andern — nämlich die hochdeutsche und die holländische — weit übertraf, indem sie sich auf 618 Personen — ohne die Kinder, belaufen. Außerdem waren ihr noch verschiedene Familien in der Festung Friedrichsburg, zu Wollstadt und Seibelsheim, auf dem Kirchgartsbauer- und dem Hembhof einverleibt.

Ein namentliches Verzeichnis dieser Gemeindeglieder, welches sich im Kirchenprotokoll jener Zeit vorfindet und im Jahre 1652 verfertigt wurde, läßt uns hierüber keinen Zweifel, nur schade, daß diesem Verzeichnis nicht zugleich der Stand jedes Mitgliedes, seine Handtierung oder Gewerbe mit beigefügt wurde. . . . . . Daß besonders der Tabakhandel sehr beträchtlich gewesen sein muß, erhellt auch aus einem Artikel des Kirchenprotokolls, in welchem beschlossen wurde, daß die Pfarre von zwei Kirchenältesten begleitet die Tabakfabriken besonders besuchen sollten, um ihre Arbeiter und die Jugend zu einem christlichen Wandel zu ermahnen, und daß zu diesem christlichen Besuch allein zwei Wochen Zeit erforderlich wurden.

Der erste Pfarre bei der Gemeinde, von dem in gedachtem Protokoll Erwähnung geschieht, ließ

Das Berliner Tageblatt und der Fall Krupp.

Unter den Blättern, die in der Kruppaffäre alle der Firma Krupp scheinbar unangenehme Mitteilungen mit größter Ausföhrlichkeit und behaglicher Breite wiedergegeben haben, befindet sich das Berliner Tageblatt. Man sollte meinen, daß diese Zeitung es nun auch für eine Ehrenpflicht halten würde die entgegenstehenden Erklärungen des Generaldirectors Hugenberg in der 'Ahn, Jg.' ihren Lesern nicht vorzuenthalten. Weltgeschichte! In scheinbarer Empfindlichkeit schreibt sie: 'Da Herr Geheimrat Hugenberg seine Erklärung nur dem rheinischen Blatt übergeben hat, so sehen wir keine Veranlassung, sie weiterzuberichten.' Also die Empfindlichkeit, die von anderen angesehenen Blättern übrigens nicht geteilt wird, wird über das Streben nach Wahrheit und Gerechtigkeit gestellt! Wir bedauern dabei nur die Leser des 'Berl. Tagebl.', die sich aus durchaus einseitigen Informationen ihre Ansicht bilden müssen.

Im übrigen sind wir der Meinung, daß die deutsche Presse nunmehr die ganze Affäre ruhen lassen kann, bis die Untersuchung abgeschlossen ist. Wir wissen, daß die Angelegenheit in den Händen von zwei Gerichten ist, wir haben auch die bestimmte Zusage seitens der Militärverwaltung, daß niemand geschont werden soll. Man darf weiter hoffen, daß die vom Reichstag angetragene Kommission zur Kontrolle der Rüstungslieferungen in jeder Beziehung Aufklärung schaffen wird. Unter solchen Umständen liegt wahrhaftig kein Anlaß mehr vor, die Öffentlichkeit weiter zu beunruhigen. Wenn das Ergebnis der gerichtlichen Untersuchungen vorliegt, dann wird man ja niemand daran hindern, sein Urteil darüber abzugeben. Zur vorläufigen Beurteilung des Falles wird man sich durchaus folgender halbamtlicher Auslassung anschließen können:

Streifende Andeutungen werden ihren Richter finden. Aber mag das Ergebnis der Untersuchung sein, welches es wolle, zum Andenken eines Panamakanals da bietet weder der Fall Krupp, noch der ferns Jahre zurückliegende und nicht geglückte Versuch einer Waffenfabrik zur Vereinigung von Rüstungsunternehmen in französische Blätter irgendwelchen Anhalt. Aus einzelnen Verlesungen dürfen keine Schlüsse auf die Gesamtheit gezogen werden, die immer ist. Wir haben nichts zu verurteilen, wollen aber auch nicht verurteilen, und die Regierung wird, wo sich ein Anlaß findet, rücksichtslos einzugreifen. Noch verfehlter aber ist der Versuch der Sozialdemokraten, diese Vorgänge mit der Wehrvorlage in Zusammenhang zu bringen. Die Wehrvorlage ist die notwendige Folgerung aus der Beschöpfung der militärischen Rechtsverhältnisse und aus der geographischen Lage Deutschlands. Sie beruht nicht auf Stimmungen oder Theorien, sondern ist der bühne Zwang der Thaten. Und weil sie das ist, werden Reichstag und Volk über künstliche Stimmungsmache hinweg an ihr festhalten.

Die preuß. Konservativen.

Soeben tritt die Deutschkonservative Partei mit ihrem Antrag für die Landtagswahlen auf den Plan. Er ist in der bekannten Tonart gehalten, welche die agrarkonservative Sache ohne weiteres mit der des preußischen Vaterlandes identifiziert und den Sturmloos der Gegner dieser Partei für einen Angriff auf 'unser gutes altes Preußen' erklärt. Dagegen dürften doch schon allein die Bevölkerungszahlen in den preußischen Gebieten unabweisend sprechen, die keine konservativen Mandate aufweisen. Um der Erhaltung Preußens willen muß natürlich auch das jetzige Wahlrecht mit seiner veralteten Wahlkreisinteilung bestehen bleiben, das den Konservativen (sowie die Freikonservativen) allein

anderthalbmal so viele Mandate in den Schöfwirke als die beiden liberalen Parteien zusammen besitzen. Die Eingeweihten wissen ja, um was es sich handelt, aber dem Wähler wird damit bange gemacht, daß die Liberalen ihnen das Wahlrecht kürzen wollten, indem sie durch Neueinteilung der Wahlkreise das platte Land und die kleinen Städte politisch entzöckelten. In diesem Sinne sagt der Wahlausruß: 'Auch den Wünschen der Liberalen, durch Neueinteilung der Wahlkreise das platte Land und die kleinen Städte im Interesse der Großstädte politisch zu entzöcken, widersprechen wir mit Entschiedenheit. Wähler des platten Landes und der Kleinstädte, merkt also auf: Die Liberalen wollen euch euer Wahlrecht kürzen! Wir aber wollen es vertheidigen!'

Dazu bemerkt die 'Ahn, Jg.': 'Mag man den Herren von der konservativen Partei wirklich noch einmal sagen, daß wir gerade das Gegenteil wollen? Auch wir wollen das abgefaßte Wahlrecht, wenn auch in etwas anderer Form, als es heute, nicht eben zum Segen eines gesunden Fortschritts, besteht. Aber indem wir das direkte und geheime Wahlrecht verlangen, wollen wir ja gerade dem Mittelstand eine größere politische Selbständigkeit verschaffen und ihn zugleich vor jeder politischen Gefährdung schützen. Doch diese Umstellungen gehören ebenso wie die Behauptung, wir wollten den christlichen Charakter des Volksschulunterrichts und dadurch den des Staates erschüttern, zu dem agitatorischen Rüstzeug der Deutschkonservativen, das wir ruhig dem Urteil der Wähler selbst überlassen können.'

Die sozialpolitischen Bestrebungen der Handelsgehilfen.

ab. Hamburg, 27. April.

In Anwesenheit von Delegierten aus allen Teilen des Reichs hielt hier der Verein für Handlungs-Commis von 1858 seine diesjährige außerordentliche Hauptversammlung ab. Der von der Verwaltung vorgelegte Jahresbericht rief eine ausgedehnte Erörterung besonders über sozialpolitische Fragen hervor. Von der Vereinsleitung wurde die Erklärung abgegeben, daß selbstverständlich die handelspolitische Haltung des Vereins keinerlei Änderung erfahren habe, daß vielmehr das sozialpolitische Programm mit gleichem Nachdruck wie bisher vertreten werden solle. Neu in das Programm aufgenommen wurde der Wunsch nach gesetzlicher Festlegung eines Erholungsurlaubes; hierzu fand folgende Entscheidung Annahme:

Die Hauptversammlung erachtet in der reichsgesetzlichen Regelung des Erholungsurlaubes für Angestellte den einzig gangbaren Weg, um allen Angestellten die Wohlthat einer alljährlichen Ferienzeit zu teil werden zu lassen, die sie im Interesse der Gesundheit des Einzelnen und der fruchtbarsten Mitarbeit an den Berufsgeschäften für unbedingt notwendig erachtet. Sie beauftragt daher die Verwaltung, in das sozialpolitische Programm des Vereins diese Forderung aufzunehmen und bei Reichstag und Bundesrat Regierung für die Erfüllung dieser sozialpolitischen Forderung energisch einzutreten. Sie dankt den Firmen, die bisher schon einen Erholungsurlaub gewährt haben, für dieses entgegenkommen und hofft, daß auch die übrigen Firmen, solange eine reichsgesetzliche Regelung noch nicht vorhanden ist, aus freien Stücken einen im heutigen Wirtschaftsleben unerlässlichen Erholungsurlaub für Angestellte zu gewähren.

Der Vorschlag für 1913, der in Einnahmen und Ausgaben mit 1276 000 M. abschließt, fand einstimmige Genehmigung. Bei den Ergänzungswahlen zum Aufsichtsrat wurden gewählt: Weimann, Fremberg und Jordan-Hamburg, Schwarz-Dortmund und Hartmann-Offenbach. — Bezüglich der Frage der Zusammenlegung der Verordnungsversammlung wurde be-

stimmt, daß die Verteilung der Mandate bei jeder Wahl zu erfolgen hat, unter Zugrundelegung der Zahl der Vereinsangehörigen innerhalb des deutschen Reichsgebietes am 31. December des der Wahl vorhergehenden Jahres. Einstimmige Annahme fand auch der gemeinsame Antrag des Aufsichtsrates und der Verwaltung auf Errichtung einer Abteilung für Unterrichtswesen, welche die Aufgabe haben soll, das Unterrichtswesen innerhalb des Vereins zu organisieren und nach einheitlichen Grundsätzen zu pflegen. Zur Unterhaltung dieser Einrichtung soll jährlich mindestens 1 v. H. der Beitragseinnahmen verwendet werden. Unter lebhafte Zustimmung wurde der Antrag des Aufsichtsrates angenommen, den langjährigen Vorsitzenden der Krankenkasse des Vereins Robert Rohlfen, der kürzlich das fünfzigjährige Jubiläum seiner Verbandszugehörigkeit feierte, zum Ehrenmitglied zu ernennen. Wie in der Versammlung weiter mitgeteilt wurde, zählt der Verein gegenwärtig über 120 000 Mitglieder. Seit dem ersten Januar d. J. konnte der Verein bereits über 11 500 Neuzugänge verzeichnen, das sind gegen 1500 mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. — Nach Erledigung der Tagesordnung wurde die Hauptversammlung in der üblichen Weise geschlossen.

Badische Politik.

Aus der nationalliberalen Partei.

— Käfertal, 28. April. Samstag abend fand hier im 'Kflug' eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung des Nationalliberalen Bezirksvereins statt. Herr Joh. Freund eröffnete dieselbe; als Vertreter des Mannheimer Parteivorstandes nahm Herr Joh. Libbach daran teil. Nach lebhafter Aussprache wurde beschlossen in absehbarer Zeit eine gefällige Veranstaltung des Vereins zu arrangieren. Die Werbetätigkeit macht erfreuliche Fortschritte. Sodann hielt Herr Hauptlehrer Rümmele einen hochinteressanten Vortrag über 'Das Deutschtum in der Welt'. Die Versammlung dankte durch lebhaften Beifall. Mit Dankworten wurde die Versammlung geschlossen.

— Rheinau, 28. April. Die auf Samstag abend in den Saal von Weiß Wwe. einberufene nationalliberale Versammlung war sehr gut besucht. Herr Dr. Brunswig begrüßte die Erscheinenden und erteilte das Wort Herrn Stadtschulrat Dr. Siedinger zu dem Vortrage über 'Politische Tagesfragen'. Der geschätzte Redner wies in seinen mehr als einstündigen Ausführungen hin auf die kommunalen Ereignisse (Eingemeindung etc.), die Landespolitik mit ihrer dringlichsten Frage: den Landtagswahlen, die Reichs- und auswärtige Politik mit all ihren Schwierigkeiten und Bewidlungen. Der Appell des Redners zur Mitarbeit am öffentlichen Leben fand lebhaften, anhaltenden Beifall. In der Diskussion ging Herr Brunswig-Redner auf einzelnen Fragen noch des näheren ein. Mit Worten des Dankes und der Genehmigung über den schönen Verlauf konnte Herr Dr. Brunswig sodann die Versammlung schließen, die auch der hiesigen Parteiorganisation eine Anzahl neuer Mitglieder gebracht hatte.

— Ostersheim, 26. April. Hier fand heute eine nationalliberale Versammlung statt, die von Herrn Landwirt Sahn geleitet wurde. Parteisekretär Wittig sprach über das Thema: Landwirtschaft, Mittelstand und Arbeiterschaft — was erwarten sie vom Parlament; Hauptlehrer Haas über Deutschlands Erhebung vor 100 Jahren. Die Vorträge fanden einmütigen Beifall. Die Gründung eines nationalliberalen Ortsvereins wurde beschlossen.

— Reulshheim, 28. April. Trotz des herrlichen Festtagswetters und mancherlei Veranstaltungen am hiesigen Orte war die geistige nationalliberale Versammlung zahlreich besucht.

Der Vorsitzende des Ortsvereins, Herr Huber, begrüßte die Erscheinenden und erteilte Herrn Stadtschulrat Knobel-Rannheim das Wort zu dem Vortrage über 'Reichs- u. Landespolitik'. In feierlicher Weise begrüßte dieser Redner die innere und äußere Politik, die Klügelgruppierung und die Aufgaben Deutschlands, sein jährender Appell, Deutschland über alles zu stellen! fand lebhaften Beifall. Herr Parteisekretär Wittig sprach bei Verdanksvorlesungen, dabei betonend, daß dieselben keinerlei Kostenleistung enthalten. Unser Volk müsse wieder für den nationalen Gedanken zurückgewonnen werden. Die nächsten Landtagswahlen würden ernsthafteste Arbeit erfordern. Der Redner schloß mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf den Reich, Herrn Reulshheim, Herr Huber dankte den Referenten, sowie den Freunden aus Odersheim, die wiederum erschienen waren und schloß die schön verlaufene Versammlung.

Erste Konferenz für Staatsbürgerliche Bildung und Erziehung.

Berlin, 26. April.

Den zweiten Tag der Konferenz sollte als erster Redner Universitätsprofessor A. Bernbard eröffnen. Da er aber verhindert war, den Vortrag selbst zu halten, hatte er die Leitung eingeschickt, die der Versammlung durch Prof. Dr. Kauchberg-Reg verlesen wurden. Wir geben daraus folgendes wieder:

1. Die Universitäten in Deutschland leisten heute für die staatsbürgerliche Bildung der Studierenden Jugend weniger als im vergangenen Jahrhundert. Zu Anfang des 19. Jahrhunderts entwickelten sich an den deutschen Universitäten staatswissenschaftliche und historische Vorlesungen, in denen die politische Lage des Vaterlandes und politische Probleme der Gegenwart erörtert wurden. Die Göttinger Professoren Georg Sartorius und Dahlmann wurden Vorbild für diese 'politische' Unterrichtsmethode, die an den meisten deutschen Universitäten Aufnahme fand, und die dem Vaterlande zum Segen gereichte. 2. In den letzten Jahrzehnten haben die Staatsrechtler und die Historiker sich demüßigt, alle politischen Werturteile aus der Behandlung wissenschaftlicher Fragen streng auszuschließen. Diese im Interesse objektiver Forschung notwendige Entwicklung hat den Universitätsunterricht zum Teil geschädigt. Denn die Universitätslehrer verloren dadurch ein wirksames Mittel, die Studenten zu Staatsbürgern zu erziehen. 3. Die Studenten selbst empfinden heute, daß hier eine Lücke besteht, und bemühen sich, was die Universität ihnen verweigert, durch eigene Organisation zu ergänzen. Vorangegangen in der selbständigen Einübung eines staatsbürgerlichen Unterrichts ist der 'Bund der Deutschen Studenten', ihm folgte die 'Freie Studentenenschaft', und auch die Burschenschaften sind heute an der Arbeit. 4. Es wäre ein großer Fehler, wenn die Universitäten es beständen, dem sich so lebhaft regenden Interesse der Studenten Nahrung zu geben. Die Universitäten haben zwar in erster Linie der wissenschaftlichen Erkenntnis zu dienen, aber sie müssen die studierende Jugend auch fähig machen, die entscheidenden Fragen des Vaterlandes zu verstehen. Jeder, der eine deutsche Universität verläßt, sollte gelernt haben, wie er in seinem Beruf dem Vaterlande dienen kann. Um diesen Unterricht für die Zukunft zu sichern, sollten an allen deutschen Universitäten regelmäßig Vorlesungen über 'Staatsbürgerkunde' gehalten werden.

Als 2. Redner sprach Seminarlehrer Dr. Dieckhoff über 'Die Behandlung von Gegenwartsfragen im Geschichtsunterricht'. Der Vortragende sagte zunächst, daß in den letzten Jahren sehr häufig der Wunsch geäußert worden sei, die Schule müsse zum Zwecke der staatsbürgerlichen Belehrung Gegenwartsfragen im Geschichtsunterricht behandeln und dafür möge eine staatsbürgerliche Jugendschriftreihe gegründet werden. Der Redner zeigte an dem Beispiel der Geschichte

Benedict de Wesson, allein von ihm wissen wir auch nicht viel mehr, als daß er einwilligen, daß ihn der Kurfürst belohnte. — was 1663 geschah — von jeder Familie höchstens einen Jungen zu einem Unterhalt empfangen hatte, daß er nicht lange der Gemeinde vorgehanden, sondern bereits im Jahre 1658 sein Amt freiwillig niedergelegt habe. (Es folgen die Namen der ersten Kirchendiener, Almspenden, Wächter.)

Es nun zwar der beiden reformierten Gemeinden — der hochdeutschen und der französischen — gleich im Anfang ein ganzes Einvernehmen in der Stadt zur Aufhebung einer zweifachen Kirche ausgesprochen wurde, so erforderte doch ein solches Unternehmen Zeit und Geld. Beide Gemeinden hielten deswegen anfänglich ihren Gottesdienst auf dem Rathaus; das ist daher nachweisbar, weil der damalige Kommissar, der nebst dem Stadtdirektor Coggnet und den meisten Mitgliedern beider in der französischen Gemeinde gehörte, sich in die Aufhebung der Kirche in der Kirche auf dem Rathaus war — was aber noch geheimerer Angelegenheit an höheren Orten nicht stattfand.

Da inzwischen die Gemeinde von Tag zu Tag wuchs und der Raum für ihre gottesdienstliche Versammlung auf dem Rathaus zu eng wurde, indem sie im Jahre 1662 bereits 900 Kommunikanten zählte, so wurde einstweilen zur Erbauung einer größerer Kirche auf dem oben genannten Platze Anhalt gemacht, welche die Provi-

stionalkirche genannt wurde und abermals beiden Gemeinden eingeräumt werden sollte.

(Zwischenzeitlich legte de Wesson sein Amt nieder; der Dienst wurde eine zeitlang ausübungsweise von Frankenbos aus versehen, bis wieder ein neuer Pfarrer — Stephan Grebin — gewählt wurde; ja bald darauf 1664 zwang die Größe der Gemeinde zur Anstellung eines zweiten Pfarrers.)

Die neuerrichtete Provisionalkirche war unterdessen fertig geworden. Der Kurfürst ernannte einen sicheren Verwaltungsrat, Rost, um sie in Augenblicken zu nehmen, welcher sich in Begleitung des damaligen Stadtdirectors Althaus, der beiden Pfarrer, des Rathverwandten und Stadtschreibers La Role nebst einigen anderen Personen hinüberverfügte und die vornehmsten Plätze für den Hof, für die Offiziere, für den Magistrat und des Konsistoriums auswählte. Was noch hohl zu machen war, sollte auf Befehl des obgenannten Kommissars sogleich gemacht werden. Die eigentliche Einweihung wurde auf schicklichere Zeit verschoben, während die Kirche selbst am 2. Juli 1665 der Gemeinde übergeben wurde. Diese Kirche war in der Folge also beiden Gemeinden der hochdeutschen und der französischen angehört — die niederdeutsche oder holländisch-reformierte Gemeinde hatte ihre besondere Kirche — und der Gottesdienst wurde so gehalten, daß die eine Gemeinde des Morgens um 9 Uhr, die andere aber um 1 Uhr zur Kirche ging, das Gebot war gemeinschaftlich, und hiedurch findet man auch, daß eine Orgel in der Kirche gewesen, weil bei dem Tod der vermittelnden Königin von

Dänemark im März 1666 die Trauer angelegt und das Orgelspielen in der Kirche auf drei Monate verboten wurde.

Im Jahre 1666 wurde wieder ein namentliches Verzeichnis aller Hausdiener angelegt, es ergab 482 Familien; die Kinder wurden unterrichtet von zwei Schullehrern, die kleineren von einer Schullehrerin.

Dieser blühende Zustand der Gemeinde sollte jedoch nach den Notizbüchern der weisen Vorsehung von keiner langen Dauer sein. Denn im März eben dieses Jahres (1666) lag eine pestartige Seuche in der Stadt zu wüten an, die so um sich griff, daß sie die Einwohner derselben besonders in den Monaten Juni und Juli, wo sie am heftigsten war, zu Tausenden hinwegraufte, und demnach kein Haus, keine Familie davon frei blieb.

Man kann die Konsistorialakten selbigen Jahres nicht lesen, ohne bis ins Innerste erschüttert zu werden, und wenn man von dem unaußersprechlichen Elend, welches sich über die guten Bewohner Rannheims in einem bis zur Verzweiflung hohen Grade verbreitet hatte, bis zu Kräften gerührt ist, so wird man durch den Mut, die Standhaftigkeit und väterlicher Fürsorge des Konsistoriums wie durch die grenzenlose Liebe der beiden Prediger Grebin und du Bivier gegen ihre auf die fürchterlichste Art mit dem Tod ringende Pfarrei, denen sie bis zum letzten Atemzug Trost zusprachen, zur höchsten Bewunderung hingerissen und segnet das Andenken dieser Männer, die in diesem kritischen Zeitpunkt ihr Leben nicht achteten, son-

dern es großmütig dem allgemeinen Besten zum Opfer brachten. Nun war diese furchterliche Seuche ausgebrochen, als man auch schon das Konsistorium in der größten Tätigkeit erblickte. Es half auf alle mögliche Weise. Dazu bräute es nicht nur eine gewisse Zahl Krankenwärter an welche Tag und Nacht die Patienten verspielen mußten und die, sowie einer angestellt war, sogleich wieder durch einen andern ersetzt wurden, sondern es gab auch noch versehenen Personen der Gemeinde den bestimmten Auftrag, beständig häufige Fleischbrühe für die Konsistorialkinder bereit zu halten und sie ihnen unentgeltlich darzureichen, wozu sie immer frisches Fleisch und allerhand Geflügel kaufen mußten; ein gewiß beträchtlicher Aufwand, wobei sie aber durch reichliche Beiträge allein hinreichend sind, aus einer richtigen Begreif von der Größe der Gemeinde zu machen. Denn bei der am Schluß des Jahres abgelagten Diakonischen Rechnung fand man 2701 fl. 11 kr. eingenommen, dagegen 218 fl. 23 kr. ausgegeben.

Viele Glieder der Gemeinde waren im Anfang der Seuche auf das Feld bei Redarau, wo sie sich Hüften aufschlugen, und in den denachbarten Kirchhofhäuser, und Gemüths geloben. Diese in ihrem Gellum aufzunehmern, zur Geduld in ihrem Zimmerleben, zum Vertrauen auf die Güte des Herrn, legen sie die Pfarrer sehr angelegen sein. Von ihnen eilen sie in die Stadt zurück, um jene, die dem Tode nahe waren, gegen seine Schrecken zu bewaffnen, und ihnen ihren letzten Kampf zu erleichtern. Unermüdet waren sie tätig, bis auch sie schließlich der schweren Bürde erlagen. Die





In Hannover wurde die Flug-Wehrkraft von Deutschland nach scharfem Kampf mit 20 vom Hauptstab Frankfurt gegen Hauptstab Hannover von 1878 gemauert.

Von Tag zu Tag

— Großkur. Brandenburg, 28. April. Heute morgen brach im Sport-Reservoir der Adrenndahn Großkur aus, welches das ganze Etappenamt in Mische legte. Der Vater des Pächters, der 65 Jahre alte Deider, wurde als verlorene Leiche aufgefunden. Vermutlich ist er im Rauch erstickt.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

\* Stuttgart, 28. April. Der König hat angeordnet, daß das Regimentsjubiläum des Kaisers von den Württembergischen Truppen am Sonntag, den 15. Mai, durch Gottesdienste und am 16. Mai durch Abweile und große Parolenausgabe und eine Feier, wie am Kaiserlichen Geburtstag, begangen wird.

Schwerer Militärliegerunfall.

m. A. In, 28. April. (Priv.-Tel.) Die „Kön. Sta.“ meldet: Ein Liegerunfall ereignete sich heute vormittag bei Gertweiler, in der Nähe des Mischenbader Hofes, wo ein Militär-doppeldecker, der mit den Leutnants Jandau und Klug heute früh von der Fliegerstation Mes aufgeflogen war, infolge Wärmelaufsens des Motors zu einer Notlandung gezwungen wurde. Starke Bodenvindwinde erschlugen den Apparat und schleuderten ihn zu Boden. Beide Insassen wurden schwer verletzt. Der Apparat wurde zerstört.

Die Probefahrt des „Imperator“.

\* Gurgaben, 28. April. Der „Imperator“ ist gestern von seiner Probefahrt wohlbehalten zurückgekehrt, er liegt wieder an der Landungsstelle in Albenbrunn. Die vorgewährten Probefahrten ergaben in Bezug auf Manövrierfähigkeit und Geschwindigkeit des Schiffes durchwegs befriedigende Resultate, jedoch fehlte bei Beendigung der letzten Fahrt sich heraus, daß zwei Lager einer Turbine teils gelassen waren. Infolgedessen war es nötig, die Turbine wieder zu öffnen und beide Lager herauszunehmen. Die technischen Probefahrten werden daher erst am 15. Mai fortgesetzt werden können, während die offizielle Probefahrt und Kronprinzinfahrt erst in der zweiten Hälfte des Mai stattfinden kann.

Der 100. Geburtstag.

\* Berlin, 28. April. Der Rentner und frühere Hofschleiermeister Frh. Freze in Potsdam beging heute im Werke seiner Kinder und Kindeskinde seinen 100. Geburtstag. Unter den unzähligen Gefeunden und Glückwünschen ist besonders bemerkenswert eine Tasse des Kaisers und sein persönliches Glückwunschkartogramm. Der Kaiser telegraphierte: Karlruhe. Ich sende Ihnen meinen kaiserlichen Glückwunsch zu Ihrem 100. Geburtstag und freue mich, daß Gottes Gnade es Ihnen vergönnt hat, diese seltene Feier in allgemeiner Verehrung und Rüstigkeit zu begehen. Wilhelm, I. R. — Die Kaiserin sandte eine herrliche Tafel mit Rosen und im Auftrag des Kaisers einen Bannfaden. — Die Kronprinzessin deponierte aus Berlin: Dem Hundertjährigen zu dem seltenen Feste meine herzlichsten Glück- und Segenswünsche. Cécile, der Kronprinz sandte drei Flaschen alten Weins, Prinz August Wilhelm ließ sein Bild und das seines Sohnes überreichen. Der Flügeladjutant des Kaisers, Oberst v. Freieburg, überreichte im Auftrag des Monarchen und des Offizierskorps des ersten Garde-Regiments ein Bild, auf dem der Kaiser in den verschiedenen Lebensjahren aufgenommen ist. Der Kaiser verschickte dieses Bild mit einer eigenhändigen Widmung. Die Offiziersdeputationen vom ersten Garde-Regiment und vom 2. Infanterie-Regiment überreichten Glückwünsche, desgleichen der Kommandant von Potsdam, v. Meist. Die Handwerkskammer überreichte eine Adresse, auch Inwagen und Vereine beschenkten den Jubilar. Die Stadt Potsdam ließ ihrem ältesten Einwohner ein wunderbares Kaiserbild überreichen. Glückwunschkartogramme und -Schreiben ohne Zahl trafen bis zum späten Abend ein, unter anderem vom Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen und dem Prinzen Carolath. Morgen findet im Schützenhaus in Potsdam ein Festessen zu Ehren des Hundertjährigen statt, das von der Schützenhilfe organisiert ist.

Das Gordon-Bennet-Anschickungsrennen.

\* Kopenhagen, 28. April. Heute morgen landete auf der Insel Seeland nördlich von Helsingør der Ballon „Prinz Adolf“ aus Bonn, der gestern mit 7 anderen Ballons in Dresden aufgeflogen war. Ein Passagier, der Fabrikant Andersen, fiel vor der Landung aus der Gondel und wurde erheblich verletzt. Der zweite Insasse war ein Herr Dr. Grebe.

\* Kopenhagen, 28. April. Heute morgen bohierten vier deutsche Ballons Kopenhagen. Sie kamen von Seelands und flogen in nordwestlicher Richtung weiter. In zweien war die Aufschrift „Drauschweig“ bzw. „Glabbe“ und in den Gondeln die Insassen erkennbar.

Flug Varrich-Amsterdam.

w. Paris, 28. April. Man nimmt an, daß der Flieger Guillaum, der zu einem Flug von Varrich nach Amsterdam gestern 10.55 Uhr aufstieg, in Holland irgendwo gelandet ist, aber wegen der dortigen Sonntagstube verhindert war, bisher keine Verbindung telegraphisch zu melden.

Marusen in Indochina.

\* Paris, 28. April. Die „Agence Havas“ meldet aus Saigon (Indochina): Sonntag abend

7 Uhr schleuderte ein Annonist in Hanoi eine Bombe, durch welche zwei französische Majore getötet, sechs Europäer und fünf Eingeborene verwundet wurden. Der Annonist hat die Flucht ergriffen. Der General von Indochina, Sarrat, erließ einen Aufruf, in welchem er an die Besonnenheit der Franzosen appelliert. Die französische und die Eingeborenenbevölkerung legt große Kaltblütigkeit an den Tag. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Die Verschönerung in Portugal.

\* Lissabon, 28. April. Folgende Offiziere wurden bereits verhaftet: General Fausto Guedes, die Hauptleute Carraceda de Andrade und Amadias, die Leutnants Lobo Pinheiro, Ernesto Dofantos und Dinis. Weitere Verhaftungen stehen bevor. Truppen und Mannschaften der Flotte sind in den Kasernen zusammengepöppelt. Vier Bomben wurden am Eingang der Kaserne des 5. Infanterieregiments gefunden. Der Kreuzer „Amirante“ erhielt den Befehl, sich zur schleunigen Abfahrt bereitzuhalten. Man glaubt, daß er die Verhafteten zur Aburteilung nach den Kolonien bringen wird. In ganz Portugal herrscht Ruhe.

Der Schluß des eucharistischen Kongresses.

\* Malta, 27. April. (Meuter.) Eine enorme Volksmenge hatte sich längt der geschmückten Straßen aufgestellt, durch welche sich die Schlußprozession des eucharistischen Kongresses von der Sankt Johannes Kathedrale in La Valetta zum Vorort Floriana bewegte. Die Prozession bestand aus katholischen Vereinen, Bruderschaften, Kapiteln und Ordensgeistlichen Maltas und auswärtigen Würdenträgern. Nachdem die Prozession bei dem auf hoher Treppe stehenden Altar vor der Porta Reale angelangt war, intonierte der päpstliche Legat das Te Deum und das Canticum ergo, die von der Menge gefungen wurden. Nach der Spendung des Segens durch den Legaten, kam es zu einer enthusiastischen und eindrucksvollen Demonstration der Menge. Am Abend war ganz Malta brächtig illuminiert. Es wird mitgeteilt, daß der nächste eucharistische Kongress in Lourdes stattfinden soll, wo er vor 25 Jahren gegründet wurde.

Die Wehrevorlage in der Budget-Kommission.

□ Berlin, 28. April.

Die Budgetkommission des Reichstages begann heute die Beratung der Wehrevorlage. Der Vorsitzende der Kommission Dr. Spahn schlug vor, zwei Lesungen vorzunehmen und zwar zunächst je die erste Lesung der Wehrevorlage und der Deckungsvorlagen und dann die zweite Lesung der Wehrevorlage.

Gegen den sofortigen Beschluß zweier Lesungen wurde von nationalliberaler Seite Bedenken erhoben, denen sich ein vorkommendes Mitglied anschloß. Wenn das Ergebnis der ersten Lesung vorliege, könne man sich immer noch zu einer zweiten Lesung entschließen. Insbesondere sei auch ein Festlegen der Reihenfolge der Lesungen zwischen Wehrevorlage und Deckungsvorlagen im jetzigen Augenblick unzumutbar.

Auch die Sozialdemokratie äußert sich gegen eine Wendung im jetzigen Augenblick. Dagegen unterstützt ein Kommissionsmitglied den Vorschlag des Vorsitzenden. Die Erörterung spielt sich schließlich auf die Frage zu, ob die Beratung der Deckungsvorlagen zwischen der ersten und zweiten Lesung der Wehrevorlage vorgenommen werden soll.

Das Zentrum erklärt, daß diese Verbindung notwendig sei, denn es handle sich um die entscheidende Frage: Keine Ausgabe ohne Deckung, also auch die Wehrevorlage nicht ohne Deckung.

Der Kriegsminister erklärt, ohne in die Diskussion eingreifen zu wollen, daß die Verbindeten Regierungen den größten Wert darauf legen, daß die Verabschiedung des Gesetzes bis Juni ermöglicht werde, damit die Durchführung bis zum 1. Oktober möglich sei. Zum Beispiel bezüglich des Unteroffiziersfußes, der Pferdebeschaffung usw., müsse man frühzeitig wissen, ob die Heeresverfäherung in Kraft trete oder nicht. Hinzuzurechnen sei auch zu den Vorbereitungen für die Festungsbauten und das Aufschiffswesen.

Es wurden schließlich zwei Lesungen in Aussicht genommen, ein namentlicher Beschluß wurde aber nicht gefaßt. Offen bleibt auch die wichtige Frage der Reihenfolge der Lesungen. Die Protokolle sollen sämtlichen Abgeordneten, nicht wie sonst üblich, nur den Kommissionsmitgliedern, zugehen.

Zu Beginn der sachlichen Beratung gab der Berichterstatter Hans Eder zu Pultsch einen Ueberblick über die Wehrevorlage. Wesentlich sei darin die Absicht einer schnellen Vereinfachung der Armee und einer leichteren Uebergang vom Friedens- in den Kriegszustand zu ermöglichen.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wurde beschlossen, die Generaldebatte zu ändern nach den Gesichtspunkten: 1) Ist die Erhöhung der Rekrutenzahl notwendig? 2) Ist sie möglich? 3) Wie und in welchen Formationen soll sie nun wahr gemacht werden?

Der Mitberichterstatter Erzberger ist der Meinung, daß die Veränderung seit dem letzten Jahre darin liege, daß insbesondere die russische Mobilmachung eine wesentliche Beschleunigung erfahren habe, so daß das Intervall zwischen der Verbringung der

französischen Mobilmachung und der Russlands geringer geworden ist. Es habe sich weiter ergeben, daß die deutsche Mobilmachung sehr erschwert sei durch die gewaltige Masse von zu verwendenden Menschen und Materials und es sei daher in der Tat notwendig, die Bestände insbesondere der Grenzformationen zu erhöhen, um den Uebergang in den Kriegszustand zu erleichtern. Wegen der neuen Bataillone werde sich nichts einwenden lassen. Anders liege es jedoch bei den geforderten neuen Kavallerieregimenten. Im Ganzen könne wohl die Heeresvermehrung selbst nicht verweigert werden. Bezüglich der Frage, ob die Aushebung einer soviel größeren Zahl von Mannschaften möglich sei, müsse man auf frühere Ausführungen des Kriegsministers verweisen, wonach gemäß den bisherigen Aushebungsbestimmungen nur 23 000 Mann zur Verfügung stehen würden. Es würden also zunächst 40 000 Mann fehlen. Die Verziehung in der Bevölkerung könne dieses Manko nicht ersetzen. Wenn diese fehlenden Mannschaften durch Einstellung heeresfähiger Leute beschafft würden, so wäre dies keine Erhöhung der Schlagfertigkeit. Darüber müsse man zunächst Klarheit schaffen.

Ein sozialdemokratisches Kommissionsmitglied betreibt nicht, daß die äußere Lage des Reiches keine sehr erfreuliche sei. Er habe aber doch den Eindruck, daß gerade zum Zwecke der Durchführung der Heeresvermehrung allzu schwarz gemalt worden sei. Er glaube nicht, daß die deutsche Regierung einen Krieg herauf beschwören wolle, oder man möge dies auch öffentlich kund tun und die Rüstungen nicht steigern, dann werde auch die Nervosität schwinden. Es liege nichts vor, was zur dem Schlusse berechtigen könnte, Frankreich denke an einen Krieg. Richtig sei allerdings, daß Deutschland von Frankreich schwarze Pläne unterworfen werden. Dieser Gedanke müßte ausgerottet werden. Die friedliche Entwicklung der Beziehungen zwischen England und Deutschland, die man vor einigen Jahren noch beinahe für unmöglich angesehen habe, lasse doch auch ähnliches für die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland erwarten. Wenn zwischen den beiden Staaten freundschaftliche Beziehungen beständen, würde auch die russische Gefahr verschwinden. In Anbetracht dessen müsse man bezweifeln, daß eine Heeresvermehrung im vorliegenden Umfang erforderlich sei. Auch der Balkanbund sei keineswegs so gefährlich, denn seine Zerlegung habe bereits begonnen. Die russische Macht könne nur zum Teil für einen Krieg gegen Deutschland in Frage. Es sei notwendig, eine Verkürzung der Dienstzeit vorzunehmen. Man könne auch die überzähligen Tauglichen in der Ersatzreserve einige Monate ausbilden.

Der Kriegsminister will auf die auswärtige Lage nicht eingehen. Schwarze Pläne könne niemand Deutschland untergeschoben. Deutschland sei friedlich gesinnt, wolle arbeiten und um arbeiten zu können, müsse es den Frieden haben. Dazu sei aber der Schutz durch die bewaffnete Macht nötig. Von besonderer Bedeutung sei dieser Schutz des Friedens für die arbeitenden Klassen. Es müßten ganz besonders die an der Grenze stehenden Formationen gestärkt werden. Er lege nicht den größten Wert auf die Jiffer; aber ganz beiseite lassen könne man die ziffermäßige Ueberlegenheit Frankreichs und Russlands auch nicht. Nun sei der Moment gekommen, wo man das Verhältnis nicht mehr weiter in diesem Maße ungünstig bestehen lassen kann. Wesentlich sei die Verjüngung der Formationen und zwar sowohl bei den aktiven, wie bei den Reserveformationen. Jede Verstärkung des Mannschafbestandens bedeute eine Erleichterung der Mobilmachung. Von neuen Formationen habe man Abstand genommen, weil dazu ungleichmäßig mehr Offiziere und ungleich mehr Material benötigt würde. Die Kosten würden sich also hierdurch ganz erheblich steigern.

Der jetzt beschrittene Weg führt am schnellsten und sichersten und am billigsten zur Verbesserung und Vermehrung des Heeres. Wie sich die politischen Verhältnisse weiter entwickeln, wisse er nicht. Er müsse den gegenwärtigen Verhältnissen Rechnung tragen. Ueber die Gedanken des sozialdemokratischen Redners zu der Schornhorst'schen Reform würde sich Schornhorst im Grade herumdrücken. Die Güte der deutschen Armee müsse in der sorgfältigen Leuteausbildung bestehen. Die französische Verlängerung der Dienstzeit beruhe nicht auf der Sucht nach der größeren Zahl allein, sondern schon lange seien in Deutschland Stimmen laut geworden, daß die Kavallerie unter der zweijährigen Dienstzeit notgedrungen habe. Unter diesen Gesichtspunkten müsse auch die Ersatzreserve betrachtet werden.

Ein vorkommendes Mitglied begründet einige Resolutionen, die es mit seinen Freunden beantragt. Der Reichstagsler solle angesichts der erneuten Heeresvermehrung erachtet werden, dahin zu wirken, daß endlich die

angefangenen Ersparnisse auf anderen militärischen Gebieten gemacht werden.

In der gefassten Beantwortung der Wehrevorlage erkennt der freisinnige Vertreter an, daß die Verbesserung der Mobilmachung notwendig sei durch Vermehrung des Mannschafbestandes. Dieser Weg sei der Bildung von neuen Mannschaften vorzuziehen. Wesentlich sei eine Antwort auf die Frage, ob die Vermehrung ohne Verringerung der Tauglichkeit der Mannschaften durchzuführen sei. Die Ausführungen des Generalleutnants Wandel im Plenum seien nicht so durchschlagend gewesen. In Sachverständigenkreisen habe man der Möglichkeit, wirklich tüchtige Leute für die Heeresvermehrung zu bekommen, zum Teil recht skeptisch gegenüber. Was der Vorlage werden in Deutschland 65,2 Prozent der Militärpflichtigen ausgehoben, in Frankreich 72 Prozent. Der Unterschied sei also nur noch klein, während in der französischen Armee nachträglich 40 000 Mann wieder entlassen werden müßten. In dieser Beziehung müsse die Verwaltung zunächst beruhigende Erklärungen abgeben. Man werde die Frage der Verproviantierung weiter genau prüfen müssen.

In weiten Offizierskreisen habe man die größten Befürchtungen hinsichtlich der Führung der Kriegerarmee der Zukunft, auch hinsichtlich der persönlichen Qualifikation. Es sei auch zu befürchten, daß die gewaltige Masse der Heereskräfte gar nicht voll zur Verwertung komme.

Generalleutnant Wandel tritt der Beforsung entgegen, als ob die geforderten Rekruten nicht aufgebracht werden könnten. Die Zahl der Militärpflichtigen bleibe dauernd wachsend. Der Geburtenrückgang setze sich noch nicht. 1911 wurden es 1 321 000 Militärpflichtige sein bei 1907 wurden auf 1 000 Mann. Wir werden bei der erforderlichen Zahl von Tauglichen bekommen. 1913 wird man 73 000 Taugliche mehr haben. Es sei Tatsache, daß über die Zahl hinaus durchaus genügend Leute gefunden werden könnten.

Ein polnisches Kommissionsmitglied begründet die oppositionelle Stellung seiner Fraktion in der ersten Lesung. Seine Partei wolle die Sachlage genau prüfen, dahin, ob die Wehrevorlage absolut notwendig sei und darnach handeln. Die russische Gefahr sei nicht so groß. Er kenne die russischen Verhältnisse aus eigener Erfahrung. Zahlreiche Beispiele bewiesen, daß man die russische Gefahr nicht so sehr überschätzen dürfe. Man denke nur an die Verproviantierung, zu der noch die Gefahr der Revolution komme.

Der Kriegsminister erklärt gegenüber dem vorkommenden Redner, daß in der Tat die Schwierigkeiten bei der Führung der großen Armeen außerordentlich wachsen. Es sei aber zu berücksichtigen, daß durch stramme Einsetzung und Deszentralisation auch die Führung erleichtert werde. Die Befehle würden heute ganz anders durchgeführt. Die Unterführer bekämen nur Richtlinien, die einzelne Ausführung bleibe ihnen überlassen. Man suche daher die eigene Initiative der Unterführer zu stärken. Die Erfahrungen der Kaiserarmeen hätten gezeigt, daß man bei der Ausbildung der kommandierenden Generale in der Führung großer Truppenmassen anders vorgehen müsse. Sowohl im Osten wie im Westen würde sich übrigens ganz von selbst besondere Kriegsschulen herausbilden, sobald die Armeen sich teilen. Uebrigens habe noch kein Führer in der ganzen Kriegsgeschichte erklärt, er habe zehntausend Mannschaften. Bei den Berechnungen seien die russischen Truppen in Asien abgerechnet.

Der Kriegsminister begründet nochmals die Auffassung der Heeresverwaltung von der Lage im Osten. Die notwendige Zahl von Tauglichen sei vorhanden, darüber bestעה kein Zweifel. Der Zweck der Heeresvermehrung sei ein eminent friedlicher und in diesem Sinne liege die Heeresvermehrung tatsächlich im höchsten Maße im Interesse der Arbeiterschaft.

Weitere sozialdemokratische Redner haben wiederholt den Wert der russischen Armee herabzusetzen und im übrigen das Militärwesen zu vertheidigen.

Ein natl. Mitglied gab seiner Beschuldigung Ausdruck, daß die bisherigen Rekrutierungsergebnisse zeigen, daß Deutschland in der Lage ist, auch weiterhin die erforderliche Zahl von tauglichen Rekruten auszubringen. Im Ganzen müsse gegenüber der Lage im Osten eine härtere Schynochte aufgerichtet werden. Nicht in einer Hurratsimmung, sondern aus einer sehr ernsten Lage heraus komme man dazu, die Heeresvermehrung durchzuführen.

Ein Zentrumsmitglied tritt dem Verluste, die russische Armee of stark aktionsfähig hinaufstellen, entgegen getreten werden. Auch wenn zahlreiche Nachlässigkeiten vorlämen, so blieben immer noch genügend wirklich aktive russische Truppen übrig.

Erstklassig! "Unsere Marine" 2 Pfg. Cigarette. Georg A. Jasmatzi Akt. Ges. Dresden. Größte deutsche Cigarettenfabrik. GEORGA. JASMATZI AKT. GES. DRESDEN.



Kurszettel des „Mannheimer General-Anzeiger, Badische Neueste Nachrichten“.

Mannheimer Effekten-Börse. Obligations. Pfandbriefe. Staatsanleihen. Industrie-Oblig.

Aktien Industrieller Unternehmungen. Aktiendeutscher u. ausländ. Transportantitäten. Pfandbriefe. Prioritäts-Obligations.

Berliner Effekten-Börse. Kreditaktien. Staatsanleihen. Industrie-Oblig.

Budapester Produktenbörse. Getreidemarkt. Weizen. Roggen.

Liverpooler Produktenbörse. Liverpool. Weizen. Roggen.

Amsterdamer Produktenbörse. Amsterdam. Getreide.

Antwerpener Produktenbörse. Antwerpen. Getreide.

Anfangskurse. Frankfurt a. M. 26. April. Aktien.

Frankfurter Effekten-Börse. Kreditaktien. Staatsanleihen. Industrie-Oblig.

Ausländische Effekten-Börsen. Londoner Effekten-Börse. Pariser Effekten-Börse. Wiener Effekten-Börse.

Produkten-Börsen. Kurblatt der Mannheimer Produktenbörse.

Marx & Goldschmidt, Mannheim. Aktienportfolio.

Bank- und Versicherungs-Aktien. Nationalbank. Deutsche Bank.

Wienener Effekten-Börse. Kreditaktien. Staatsanleihen.

Berliner Produktenbörse. Weizen. Roggen. Hafer.

IX. Mainzer Reise nach der Wasserkante. (Bremen-Bremerhaven-Holgoland-Hamburg-Friedrichsruh-Travemünde-Kiel)

M. Eichersheimer Mannheim-Rheinland. Hänge-, Wand- u. Stehlager mit Ringschmierung.

Arbeitsvergebung. Die Zimmerarbeiten in Mülheimen Krankenhaus...

MARCVIUM. Wechsel-Formulare in jeder beliebigen Sprache.

M. Eichersheimer Mannheim-Rheinland. Alleinverkauf der Rekordscheibe.

Vervielfältigungen und Abschriften auf Schreibmaschinen. Karl Oberhelden.



# Färberei Gebr. Röver Mannheim, D 2, 15 Frankfurt a. M. chemische Waschanstalten

Chemisches Reinigen u. Färben von Damen-, Herren- u. Kindergarderobe, Vorhängen, Decken, Teppichen, Portiüren, Fellen, Spitzen, Federn, Relhern, Kindermützen, Handschuhen etc. Zirkel 1000 Angestellte. Einrichtungs- und Organisation unserer Werke sind in der gesamten Fachwelt als mustergültig anerkannt

## Frankona Rück- und Mitversicherungs-Aktien-Gesellschaft in Frankfurt a. M.

In der heutigen Generalversammlung wurde die Dividende für das Jahr 1912 auf M. 60.— pro Aktie festgesetzt. Dieselbe gelangt vom 28. April d. J. ab außer an unserer Gesellschaftskasse auch bei

- dem Bankhaus G. Ladenburg in Frankfurt a. M.,
- der Direktion der Diskonto-Gesellschaft in Frankfurt a. M.,
- der Deutschen Effekten- u. Wechselbank in Frankfurt a. M.,
- der Süddeutschen Diskonto-Gesellschaft A. G. in Mannheim,
- dem Bankhaus G. L. Hohenemser & Söhne in Mannheim

gegen Rückgabe des Dividendenscheines Nr. 27 zur Auszahlung.

Frankfurt a. M., den 26. April 1913.

Der Vorstand.

## Mannheimer Altertumsverein Die ordentliche Mitglieder-Versammlung

(betr. Tätigkeits 1912/13) findet Donnerstag, 8. Mai, mittags 12 Uhr in der Vereinsstammung — Großes Schloss — statt, wozu die Mitglieder freundlichst eingeladen werden.

Der Vorstand.

11122

## Dauf F 1, 4 Brollestrasse

Allelei Arten **Trikot-Unterwäsche**

- aus Baumwolle
- aus Halbwohle
- aus Wolle
- aus Flor
- aus Seide

Trikot-Hemden, -Jacken, -Beinkleider für Damen, Herren, Kinder. **Komplette Harrangarnituren** (Unterjack und Hose)

Hemdosen - Kombinationen für Damen in E. Flor und Seide für den Sommer.

Directoire-Beinkleider für Damen, sehr preiswerte, leichte, elegante Sommerware.

Netz-Jacken — Touristen-Hemden

Neueste Qualitäten. Vorteilhafteste Preislagen. **Grüne Rabatmarken.**

### Achtung!

Wir schenken mit einer falschen Steuererklärung durch **Kiedler's Steuerklärungs-Anstalt** (Kleinwegstr. 11) Geldstrafe bis 1000 M. **J. Krumb, G. I., 7 Breitenstr.**



ausgeprägtere, raube oder rote **Hände und Gesicht** denn es ist seit 30 Jahren als überzeit und angelegentliches Mittel bekannt. Es hebt nicht und fettet nicht. Flasche 60 Pf. **Sicht zu haben nur bei A. Blager, Hofriseur D. 1.**

**Möbl. Zimmer**  
E 7, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

## Freudenstadt im Schwarzwald

Weltberühmter Höhen- und Nervenkurort. *Endless herrl. Tannenwälder mit vielen kleinen Spatzenwegen — Fruchtbare Gebirgslandschaft.*

Hotel	Preise	Hotel	Preise
Hotel Waldlust	1. Range	Hotel Waldheim	Pension von 5.— an
Schwarzwaldhotel	1. Range	Hotel Bangert	„ „ „ 4.—
Hotel Post	Pension von 7.— an	Hotel Jägerhof	„ „ „ 4.—
Wald- u. Kurhotel Stokinger	6.—	Gasthof u. Dreihäusig	„ „ „ 4.—
Parkhotel	„ „ „ 5.—	Gasthof u. Turgüterhof	„ „ „ 4.—
Hotel Krone	2.50	Gasthof u. Lamm	„ „ „ 4.—
Hotel Herrng. Friedrich	1.—	Gasthof u. Schäfers	„ „ „ 4.—
Hotel Rösle	1.—	Gasthof u. König Karl	„ „ „ 4.—
Hotel Linde	1.—	Hotel Sonne, Klettersteigbahn	„ „ „ 4.—

## Handels-Hochschule Mannheim.

Vorschulgebäude A 4, 1, Seminar, Bibliothek und Wirtschaftsbücherei A 3, 1. Warenammlung C 8, 1.

Stunde	Name des Dozenten	Bezeichnung der Vorlesungen und Übungen	Zust
vorm. 7-9	Blauer	Seminar für sprachl. u. schriftliche Übungen	4
8-9	Blauer	Problemlösung II	A 5, 6, 2
10-11	Blauer	Inhalt und Form der Vortraggruppe	A 5, 6, 2
11-12	Blauer	Praktische Übungen im Sachgebiet	A 5, 6, 2
12-1	Hilsmann	Finanzwissenschaft	1
nachm. 9-11	Hilsmann und Wolflein	Wirtschaftswissenschaftliches Seminar	A 5, 6, 2
7-8	Schäfer	Sozialversicherung	1
7-8	Blauer	Rechtswissenschaft	1
9-10	Schäfer	Wirtschaftsprüfungswesen	1
9-10	Wolflein	Allgemeine Handelslehre	2

Mannheim, den 28. April 1913. Der Rektor.

## Statt jeder besonderen Anzeige.

Montag früh entschlief nach langem Leiden unser innigst geliebter Onkel, Bruder, Schwager und Onkel Herr

## Ludwig Müller, Schreiner

im 62. Lebensjahre. **MANNHEIM (T. 2, 10), 28. April 1913.** Im Namen der trauernden Hinterbliebenen **Rosine Müller geb. Lanz.** Die Feuerbestattung findet Mittwoch, den 30. April, nachmittags 2 Uhr statt.

Von Kondolenzbesuchen bittet man abzusehen. 30715



## Haarheilkräftiger

**Gg. Schneider, Stuttgart, Cannstättstr. 11 A1, Telefon Nr. 5033.** **1. Wirkl. Haarheil-Anstalt** nur für Haar- u. Haarverlusten, keine Haarschneide, Scheitel- u. Kopfschmerzen: 1.— bis 2.— 7 Uhr, Sonntag von 9-12 Uhr. **Jedes Vernünftige** soll sich seinen Haarverlusten durch die Anwendung des **Haarheilkräftiger** verschonen. **Das Haarheilkräftiger** ist ein aus Naturprodukten bestehendes Mittel, das den Haarwurzeln die nötige Nahrung zuführt und so den Haarverlust verhindert. **Das Haarheilkräftiger** ist ein aus Naturprodukten bestehendes Mittel, das den Haarwurzeln die nötige Nahrung zuführt und so den Haarverlust verhindert.

**Vermischtes**  
Frans. Aufschneiderin, welche allehändiges Geschäft macht, u. lang. Praxis in L. Günst. Paris u. London, sucht noch. Arbeit in erst. u. 2. Hand. Off. u. 3. 1266 an E. Hertz, Mannheim.

**Entlaufen.**  
Junger männlicher Heizer, 16 Jahre alt, mit dunkler Kleidung, schwarze Haare, braune Augen, geboren am 15. Okt. 1896 an die Gr. 11.

**Geldverkehr**  
23000 M. 1. Hypothek an verzin. 1. Juli 1913 gelöst. Off. Off. u. 3. 1266 an E. Hertz, Mannheim.

**Stellen finden**  
**Mechaniker** für Schreinerarbeiten, welcher bereits längere Zeit in der Branche tätig war, zum baldigen Eintritt gesucht. Offerten (nur schriftlich) an **Glogowski & Co., 07.5.**

**Wieder-Verkäufer** erbeten Verkaufsstellen in Badenweiler, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

## Einladung

zu den **Wahlen von Mitgliedern der Stiftungsräte** der katholischen Einzelsirchgemeinden. Infolge des Ablaufs der Dienzeit der im Jahr 1910 gewählten Mitglieder der hiesigen katholischen Stiftungsräte sind Erneuerungswahlen vorzunehmen. Hierunter haben für die im Jahre 1913 gewählten Mitglieder, welche durch Tod oder Wegzug von Mannheim die Amt niederlegen müssen, Ergänzungswahlen stattzufinden. Die Wahl der am 8. Juni, 8. 1913 in der hiesigen katholischen Stiftungsräte zu wählenden Mitglieder ist aus dem betr. Bekanntmachungen zu ersehen.

Wahlberechtigt sind alle im Wahlort des Wahlortes wohnenden und der bürgerlichen Ehrenrechte nicht beraubten, mindestens 25 Jahre alten, männlichen Angehörigen des römisch-katholischen Bekenntnisses, welche im Wahlort ihren dauernden Aufenthalt haben (einem Wahlortwechselverbot nicht unterworfen) und eine selbständige Lebensstellung einnehmen. **Wahlberechtigt ist nicht anzunehmen:**

- a) wer händliche Hinderungen an öffentlichen Ämtern erlitten hat,
  - b) wer weder einen eigenen Hausstand hat, noch direkte oder indirekte Staatssteuer bezahlt.
- Von der Wahlberechtigung sind diejenigen ausgeschlossen:
1. welche die Fähigkeit zur Befreiung öffentlicher Ämter aberkannt ist;
  2. die wegen eines die öffentliche Achtung entwürdigenden oder eines gegen die eigene Ehre verstoßenden Vergehens nach § 190, 197 des Reichsstrafgesetzbuchs in einer Freiheitsstrafe rechtmäßig verurteilt worden sind, bis zum Ablauf des dritten Jahres nach erlittener Strafe;
  3. gegen die wegen eines Vergehens oder Verstoßes das Disziplinarverfahren eröffnet ist, wenn die Verurteilung die Entziehung der bürgerlichen Ehrenrechte zur Folge haben kann, bis zur Beendigung des Verfahrens;
  4. gegen welche ein Konkursverfahren eröffnet ist, während der Dauer des Konkurses;
  5. welche mit Verurteilung hinsichtlich Steuern oder ein Jahr im Gefängnis;
  6. welche durch Verurteilung des Glaubens der kirchlichen Einrichtungen, oder durch einen so öffentlichen Charakter erregt haben und deshalb von den kirchlichen Behörden für ausgeschlossen erklärt worden sind;
  7. welche in den letzten fünf Jahren im bürgerlichen Verfahren als Mitglieder eines Stiftungsrats oder als Erben einer katholischer kirchlicher Stiftungen verurteilt worden sind;
  8. welche in demselben Zeitraum, in dem die Wahl stattfindet, durch unehrenhafte Ablegung der Wahl oder durch Austritt vor Ablauf der Dienzeit entzogen haben, wenn der Austritt nicht — bei den Mitgliedern des Stiftungsrats vom Oberkirchenrat, bei den Mitgliedern der Gemeindevertretung von letzterer selbst — genehmigt worden ist;
  9. welche die Wahlbarkeit zur Kirchengemeinde verloren haben, weil sie die Pflichten der Mitglieder dieser Gemeinde entzogen ist.

Zur Stimmabgabe bei der Wahl werden nur diejenigen Wahlberechtigten zugelassen, welche in die Liste der Wahlberechtigten eingetragen sind. **§ 4 b a z** sind alle Wahlberechtigten; das Stimmrecht in den Stiftungsrat nicht eintragen.

1. durch Verwerflichkeit oder Schwärzlichkeit in jeder Linie oder in der Seitenlinie bis zu zweiten Grad (bürgerlicher Abstammung) mit anderen oder mit dem Stiftungsrat verurteilt Personen, auch wenn die Verurteilung durch Schwärzlichkeit begründet wurde, nicht mehr zulässig.
  2. als Redner, Stiftungsbanner oder Redner der Kirchengemeinde unterstellt Personen;
  3. sonstige in der kirchlichen kirchlichen Verwaltung ständig beschäftigte Personen, wenn diese Dienste nicht als unentgeltliche Ehrenämter erscheinen;
  4. die Verwaltungsbeamten, an denen die Kirchengemeinde gehört.
- Die Austrittenden sind wieder wählbar.
- Die Wahlen finden am nächsten Sonntag, den 4. Mai 1913 mittags von 11 bis 2 Uhr in den von der Eingekerkelungs-Räten bestimmten Wahlorten statt.
- Die Wahlberechtigten werden zu nachfolgenden Stellen eingeladen. Dieselben haben ihr Augenmerk auf Männer von gutem Ruf und bewährten kirchlichen Sinn zu richten.

Mannheim, den 28. April 1913. Der Vorsitzende des Stiftungsrats der katholischen Gesamtkirchengemeinde: **Joseph Bauer.** Rechtsl.

**W. Frey, S. 6, 37.**

## Gelegenheitskauf

**Modernes Schlafzimmer** komplett, bestehend aus: **1 Spiegelkrant,** **2 Bettstellen,** **2 Nachtschränken,** **1 Waschtischmode** mit Spiegelverkleidung, **1 Handtuchhänder,** **2 Stühle,** **2 Rollmatrassen** rot braun, **2 Kissen, m. Stoffteil,** **2 Patentrahmen** mit Gipsverkleidung, **2 Schonerdecken,** **Mit. 195.—**

**Möbelhaus** **J. Deutsch & Co.** 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

**Kinderwagen** **Ein erprobter weicher Kinderwagen** bis abzugeben. Anzugeben zwischen 2-4 Uhr. T. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

**Ein Knack gebrannter Papiermaschinen** mit vollständiger Vorrichtung, moderne System, sowie ein Servierlöffelapparat (Löffelhalter) und ein Tisch abzugeben. Offert an die Gr. 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

**Schloßerlehrling** gesucht. **Salzerstraße 4.**